

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Kahr.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsspaltige Kolonne:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Materialistisches Denken

Bis in die jüngste Zeit galt es als ausgemacht, daß einzelne mit besonderer göttlicher oder weltlicher Macht ausgestattete Menschen die Geschicke der Völker nach ihrem Willen zu lenken berufen sind. Dieser Auffassung trat der historische Materialismus mit dem Grundsatz entgegen, daß der Verlauf der Menschheitsgeschichte und der Menschenschicksale nicht durch den Willen einflussreicher Personen, sondern durch die gegebenen materiellen Bedingungen bestimmt wird. Die Handlungen der Menschen und Menschengemeinschaften sind nach der materialistischen Geschichtsauffassung Ergebnisse der Beziehungen zwischen dem Menschen und der Umwelt, in der sie leben. Diese Geschichtsauffassung leugnet nicht die Rolle des Willens in der Geschichte oder im Dasein des Einzelnen; aber sie hält den Willen nicht für frei, vielmehr für abhängig von all den Einwirkungen der umgebenden unbelebten und belebten Welt. Also ist die Entwicklung richtiger Weise weder lediglich als Willens-, noch lediglich als umweltbedingt zu betrachten.

Die Annahme einer ausschließlich materiellen Bedingtheit der menschlichen Entwicklung wäre gerade so unhaltbar wie die Ausschaltung der materiellen Entwicklungsurachen. Vermöge seiner weitreichenden geistigen Fähigkeiten, die auf der mächtigen Ausbildung und der feinen Bauart des Gehirns beruhen, ist der Mensch imstande, sich in größerem oder geringerem Maße unabhängig von der Umwelt zu machen, diese sich zu unterwerfen. Dadurch vermag er seine Lebensbedingungen in gewissem Maße selbst zu gestalten, sich einerseits Vorteile zu schaffen, andererseits Schädlichkeiten zu beseitigen oder ihnen auszuweichen. Beweise einer mehr oder weniger weitgehenden Beherrschung der Umwelt durch den Menschen finden wir schon bei den Völkern mit ganz geringer Kultur, ja selbst die in Gemeinschaften lebenden Tiere vermögen eben durch ihr Zusammenwirken gewisse Schädlichkeiten der Umwelt abzuwehren oder Vorteile zu erringen. (Vergleiche B. Kropotkin, „Gegenseitige Hilfe“, 1. und 2. Kapitel, Leipzig 1908.)

Die unbedingte Beherrschung des menschlichen Willens durch die Umwelt ist ein ganz seltener Ausnahmefall. In der Regel wird es einem Menschen unter bestimmten äußeren Umständen möglich sein, in verschiedener Weise zu handeln, nicht nur in einer Weise. Wer seine Ergebnisse überdenkt, wird immer finden, daß er in jedem einzelnen Fall es nicht nur so hätte machen können, wie er es tatsächlich gemacht hat, sondern auch anders. Ueber die tatsächliche Handlung entscheidet der Wille innerhalb der ihm durch die Umstände gesteckten Grenzen.

Bestimmend für die Handlungen der Menschen, auch bestimmend für die Ausübung eines wirksamen Einflusses der Menschen auf die Umwelt, ist stets die richtige Erkenntnis dieser Umwelt, sagen wir ein „richtiges Urteil“. Wann ist die Erkenntnis richtig? Wenn sie mit den Tatsachen, den Wirklichkeiten in reiflicher Uebereinstimmung steht. Das trifft häufig nicht zu, namentlich dann nicht, wenn bei der Beobachtung eines Gegenstandes oder eines Vorganges persönliche Beweggründe über die sachlichen überwiegen. Richtige Erkenntnis ist keineswegs so leicht, wie wir es uns — mit unserm großen Schätze von überliefertem Wissen und Können — gewöhnlich vorstellen. Es hat Jahrhunderte, ja Jahrtausende langer Beobachtung bedurft, bevor Dinge, die uns selbstverständlich scheinen mögen, erkannt wurden. Wie viele Mephist sind von den Vätern zur Erde gefallen, ehe das Gesetz der Schwerkraft erkannt wurde; wie viele Dodel von Loeffeln haben sich bewegt, bevor der Gedanke an die Dampfmaschine auftauchte! Ein anderes Beispiel der Schwierigkeit des Erkennens der Wirklichkeit haben wir in den zahlreichen Völkern, die sich bis heute noch nicht auf die Kunst des Anbaues von Pflanzen, die Bodenkultur, verstehen. (Vergleiche Gahn „Von der Gode zum Pflug“, Leipzig 1914.)

Sollen Menschen zu richtiger Erkenntnis kommen, so ist die vollkommene Anpassung ihres Denkens an die Wirklichkeit, an die materielle Umwelt, erforderlich. Nur solches materialistisches Denken ist richtig, nur solches Denken kann die Grundlage richtiger — das heißt zweckmäßiger — Handlungen sein, während der Umwelt nicht angepaßtes Denken zu zweckwidrigen Handlungen führen muß. Die mangelhafte Naturerkenntnis, die gerade bei den sogenannten „Naturvölkern“ herrscht, veranlaßt sie zu gar vielen zweckwidrigen und deshalb schädlichen Handlungen. Solche Zweckwidrigkeiten infolge mangelhafter Erkenntnis kommen zum Beispiel in der Behandlung von Krankheiten sehr häufig vor, und zwar nicht nur bei den „Naturvölkern“, sondern selbst innerhalb unseres Kulturkreises bei der Landbevölkerung und anderen Volksteilen, deren Denken vornehmlich durch die Ueberlieferung bestimmt wird und den Dingen wie sie sind, wenig angepaßt ist. — Mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmendes Denken (und deshalb mangelnde Erkenntnis) kann auch der Grund dafür sein, daß in einer Gemeinschaft mit Klassengliederung eine gewisse Klasse durch Menschenalter wider ihr eigenes Klasseninteresse handelt, ohne dessen gewahr zu werden.

Sollen wir richtig denken, so müssen wir stets an der Umwelt prüfen, ob unsere Gedanken und Vorstellungen mit ihr übereinstimmen; stimmen sie nicht mit der Wirklichkeit überein, so sind sie falsch, denn die Wirklichkeit ist immer richtig. Dann müssen wir tauchen, unser Denken den Dingen, wie sie sind, anpassen. Durch dieses Anpassen des Denkens an die Wirklichkeit können wir die Kultur fördern helfen, denn nur dadurch gelingt uns die möglichst weitgehende Anpassung an die Umwelt und ihre möglichst weitgehende Durchdringung für unsere Zwecke. (Vergleiche Verwoerd „Die biologischen Grundlagen der Kulturpolitik“, 2. Auflage 1916, Seite 7 bis 12.) Je mehr innerhalb einer Gemeinschaft materialistisches Denken die Handlungen bestimmt, desto bestandsfähiger und widerstandsfähiger ist diese Gemeinschaft, da sie dank der richtigen Erkenntnis der materiellen Lebensbedingungen ihre Kulturrichtungen ohne Schwierigkeit den Veränderungen der Umwelt entsprechend zu gestalten vermag. Das ist notwendig, denn die Umwelt bleibt nirgendwo, für keine Menschengemeinschaft, auf die Dauer unverändert.

Übergangswirtschaft in der Eisen- und Stahlindustrie

IV

Umwandlung der Unternehmerartelle.

Wenn auch Industriellenorgane den Schreiber dieses als „verblissenen Feind“ der Unternehmerartelle bezeichnen, so ist er es doch nicht. Vor allen Dingen besitzwortet er keine „reaktionäre Gesetgebung“ gegen die wirtschaftlichen Gebilde, in denen er zwar nicht schlechtin „Kinder der Not“, aber doch verständliche Folgen der großkapitalistischen Entwicklung erblickt. In dieser Beziehung unterstreichen wir noch die auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Frankfurt a. M. von Max Schippel gestellte Resolution und seine dazu gehörenden Ausführungen (Protokoll Seite 161 folgende). Schippel wird aber heute auch nicht mehr die Gefahr der Unternehmerartelle für die Verbraucher so mächtig anschlagen, wie er es in seinem Frankfurter Vortrage getan hat. Damals hatten sich unsere entscheidungsstarke Kohle- und Halbrohstoffsyndikate noch nicht entfaltet. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat bestand kaum ein Jahr, hatte bei weitem nicht sein gegenwärtiges Handelsmonopol. Der Siegener Eisenstein-Verkaufsverband war eben gegründet, ebenso das dortige Kartell der Roheisenhütten. Die hauptsächlichsten Roheisen-, Halbzeug-, Träger-, Röhren-, Walzdraht-Verkaufsvereine entstanden fast alle erst im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, der Stahlwerksverband erst 1904. Ein für den Massenverbrauch nicht bedeutendes metallindustrielles Syndikat, das Weißblech-Verkaufskontor (S.W.), besteht zwar dauernd, als ältestes deutsches Zentralyndikat mit Monopolcharakter, seit 1862. Es übte aber seine Tätigkeit auf einem engen Sondergebiet stets ziemlich unüberwacht von der Öffentlichkeit aus. Eines unserer bedeutungsvollen Zentralartelle, das Kalisyndikat, besaß bereits 1876 in der Konvention der Chloralkalifabriken einen unmittelbaren Vorläufer, seine Preispolitik betraf aber keinen Gegenstand des Massenverbrauchs, wie Kohlen und Eisen, wurde darum nur von einem bestimmten Abnehmerkreis (vornehmlich Landwirte) beobachtet. Heute hat sich der Einfluß der großindustriellen Syndikate auf die Kosten unserer Lebensbedürfnisse so gestaltet, daß er, namentlich für den Nichtkenner dieser Gebiete, bei der Preisbildung unentbehrlicher Massenverbrauchsgegenstände geradezu unheimlich geworden ist.

Mit gutem Recht erblicken die Sozialisten in der Bildung und Entwicklung der Unternehmerartelle außerordentlich wichtige Vorstufen für die Sozialisierung der Gütererzeugung und -verteilung. Jene Vereinigungen wollen, freilich zunächst und bemußt zum Unternehmerwohl, den anarchischen Wirtschaftszustand überwinden durch die Organisation der erzeugenden Kräfte. Wer wollte leugnen, daß dabei auch für den Arbeiter Vorteile abfallen, wenn es den Kartellen gelänge, das einem bestimmten Zeitabschnitt der privatkapitalistischen Warenerzeugung eigenräumliche Jahre Auf und Ab des Beschäftigungsgrades, die nicht zuletzt für die Arbeiter verheerenden großen Wirtschaftskrisen zu beseitigen? Wer wollte leugnen, daß es den Unternehmerartellen nicht gelungen wäre, die wirtschaftlichen Wellenlinien, das gewaltige Schwanken zwischen Hochgeschäftsphase und Niedergang abzuflachen? Dies leugnen hieße den Vorteil der Organisation überhaupt bestritten! Darum können wir keine „prinzipiellen Gegner“ der Unternehmerartelle sein.

Nur fragt es sich, ob nicht die neuzeitlichen Erfahrungen uns wirtschaftspolitische Folgen der Unternehmerartelle kennen lehren, von denen wir sagen müssen, daß sie gemeinschaftlich sind. Schönland hat auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Frankfurt von den Unternehmerartellen gesagt, „daß es sich hier um eine Regelung der Produktion auf sozialistischer Basis handle, daß die Herren nur kollektivistisch produzieren, den Profit aber in ihren Privatsäckel stecken wollen...“ Das trifft den Kern der Sache.

Weil die Unternehmerartelle das Mittel neuester Industrie- und Handelsorganisation anzuwenden unter dem leitenden Gesichtspunkt der Erzielung des höchstmöglichen persönlichen Nutzens, deshalb bemerken wir, daß auch die am straffesten syndikatisierten Industrien nach gewisser Zeit wieder an einem wachsenden Erzeugungüberschuß Franken, daher die Kartelle die Erzeugung häufig künstlich stark einschränken müssen und in einem für das Inland oft sehr schädlichen Maße die zu viel erzeugten Waren zu niedrigen Preisen auf die Auslandsmärkte werfen! Der offensichtlich sehr sachkundige Mannser schreibt geradezu, durch den Stahlwerksverband seien die Einzelwerke zu großen Betriebsvermehrungen und überflüssigen Kapitalinvestitionen förmlich angezogen worden. (Der Stahlwerksverband. Wie hat er bisher gearbeitet und welche Lehren sind daraus für die Neugründung zu ziehen? Leipzig 1911.) Was dieser Schriftsteller von der damaligen Erneuerung des Verbandsvertrages harlegte, ist durch die neueste Geschichte des Stahlwerksverbandes bestätigt worden. Die kapitalträchtigen Syndikatswerke haben mittlerweile, in der Sucht nach höheren Beteiligungszahlen, ihre Betriebe derart ungewöhnlich erweitert, daß sehr bedeutende Wirkfelder sich während des Krieges nur zu einer „bürgerlichen“ vorläufigen Vertragsverlängerung verstanden haben, mit der Aufgabe, bei dem zugestimmten Abschleife das angelegte Kapital nicht ausreichend zurück zu können. Dabei sind bekanntlich bereits nur noch die A-Produkte syndikatisiert, die B-Produkte, deren Erzeugung sich die großen „gemeintätigen“ Werkvereinigungen wegen ihres Ueberflusses an einer Rohstoffherzeugung in immer unpassenderem Maße (zum stärksten Nachteil der „reinen“, meist mittleren oder kleinen Walzwerke) zugewandt haben, stehen schon außerhalb des Verbandsrahmens. Besonders die Erzeugung von Halbzeug nahm vor dem Krieges beachtlich zu, daß der Stahlwerksverband 1913/14 von dieser Warenart 45,87 v. H. des Gesamtverbandes in das Ausland abführte,

gegen 27,39 v. H. im Geschäftsjahr 1905/06! Also: trotz einer Erzeugung, die im letzten Friedensjahr nur noch zu 54,13 v. H. im Inlande Absatz fand, drängen doch die weit über den Bedarf ausgebauten Syndikatswerke zu einer noch bedeutend höheren Erzeugung. Der Stahlwerksverband hat den privatkapitalistischen Ausdehnungsdrang nicht meistern können! Wäre der Krieg nicht dazwischen gekommen, so würde das Syndikat der Stahlwerke wahrscheinlich aus dem Lein gegangen sein. Mannser sieht in der Verbindung der Werke zu einem förmlichen Trust das geeignete Mittel, das nach seiner Ansicht infolge des Syndikatsverfahrens wachsende Mißverhältnis zwischen Erzeugungs- und Absatzmöglichkeit auf ein erträgliches Maß herabzusetzen. M. Fuzi erblickt die Montanindustrie beharrlich auf dem Wege zur Trustbildung über die jetzige Kartellorganisation hinaus, empfiehlt auch den Trust als die „Organisationsform“, die an wirtschaftstechnischer Leistungsfähigkeit von keinem anderen, dem Boden kapitalistischer Wirtschaftsweise entsprossenen Gebilde auch nur annähernd erreicht wird. (Die deutsche Montanindustrie auf dem Wege zum Trust. Jena 1905.) Und es ist bekannt, daß sehr hervorragende Montanindustrielle denselben Standpunkt einnehmen, ihre Unternehmungen bereits auf die „kommenden Dinge“ einrichten.

Was wir am Stahlwerksverband beobachten, das trifft auch auf das Roheisenyndikat, die Syndikate in der Kohlenindustrie, ganz besonders zeigt es uns die Geschichte des Kalisyndikats. Nach kürzeren oder längeren Zeiträumen gewöhnlicher Entwicklung beginnen, angereizt durch die hohen Kartellgewinne, neue große und immer größere Kapitalinvestitionen, die Einzelwerke bereiten sich mit Macht auf das Geltendmachen höherer oder neuer Beteiligungszahlen vor, ohne Rücksicht auf eine bereits vorhandene Uebererzeugung. Ueberhand „Konstruktionsfehler“ im Syndikatsvertrag werden ausgenutzt und das Ende vom Liede ist die Anmeldung von Beteiligungsansprüchen, die nach Lage der Absatzmöglichkeiten nicht ausfinden werden können. Nun beginnen innerhalb der Kartelle, tatsächlich gefördert durch diese, Werksverfälschungen (Fusionen), es bilden sich trustartige Vereinigungen der Syndikatswerke, oft weit über den Syndikatsrahmen hinausgreifende Gemeinschaften, die schließlich für sich allein stark genug sind, außerhalb des Syndikats eine mächtige Stellung einzunehmen. Die Teilnahme am Syndikat schwindet dort immer mehr, es wird nur noch als „Uebergang zu einer höheren Organisationsform“ (dem förmlichen Trust) betrachtet.

In dieser Entwicklungstufe greifen die „amtlichen Stellen“ mit Gesetzen (Kaligesetz), Bundesratsverordnungen (Zwangsyndikate) und weniger auffallenden Druckmitteln zur Aufrechterhaltung oder Neubildung von Industrie- und Händlerkartellen ein. Das erleben wir augenblicklich.

Wir sind auch keineswegs „prinzipielle Gegner“ staatlicher Bemühungen für die Bildung von Unternehmerartellen. Wir betrachten sie ja als verständliche und unter gewissen Voraussetzungen auch als volkswirtschaftlich nützliche Kräfte für die gewerbliche Ordnung. Der Zustand der Arbeiterverhältnisse im Zeichen wirtschaftlicher Anarchie ist uns ja gut genug bekannt; gemorden, als daß wir ihn etwa für verbildlich halten würden. Nichts liegt uns fern.

Was wir fordern müssen als Vorbedingung für unser Einverständnis mit staatlichen Zwangsmitteln für unmittelbare oder mittelbare Bildung von Unternehmerartellen, das ist zunächst die Unterstellung dieser Syndikate unter Verwaltung, die den gesetzgebenden Körperschaften verantwortlich sind! Der Staat darf seine Machtmittel nicht verwenden zur Einrichtung von Erzeuger- und Händlerkartellen, gar noch mit ausgeprägtem monopolistischem Charakter, die nichts weiter sind als Einrichtungen für die Erzielung des höchstmöglichen einzelwirtschaftlichen Gewinnes. Das sind die besprochenen Syndikate der Unternehmern ganz zweifellos und sie besitzen noch dazu in unserer Montanindustrie, wo sie monopolistisch so unentbehrliche Gegenstände des Massenverbrauchs wie Kohlen, Eisen, Stahl, Salze beherrschen, eine ungeheure, die Lebensnotwendigkeiten des Volkes außerordentlich bedrohende Macht! Daß der „Fiskus“ in verschiedenen Unternehmerartellen als Zeilhaber ist, ändert an dem Gesagten gar nichts. Unsere Erfahrungen lehren uns, daß der Fiskus nicht das Syndikat „hat“, sondern das Syndikat den Fiskus.

Ferner müssen die Verkaufspreise für die syndikatisierten Waren von den gesetzgebenden Körperschaften festgesetzt werden, damit die Verbraucher den nötigen Schutz genießen. Das ganze Geschäftsgebaren der monopolisierten Werks- und Händlerartelle muß der öffentlichen Aufsicht unterstellt werden. Dies ist heute um so nötiger, mit Rücksicht auf die besonders verzwickte Uebergangswirtschaft nach dem Kriege. Die Uebergangszeit kann und darf unseres Erachtens nicht anders auslaufen als in eine gesetzgeberische Regelung nach entschiedener gemeinwirtschaftlicher Grundföhen, zunächst unserer großen Rohstoffindustrien, sodann der mit ihr am engsten zusammenhängenden ersten Weiterverarbeitung. Die außerordentlich vielverzweigte, in vielen tausenden von Betrieben zerstreute Fertigungsindustrie bis zum „Krauter“ herab, dürfte ruhig außerhalb des Rahmens der industriellen Monopolgesetzgebung bleiben, abgesehen von der Höchstpreisfestsetzung, die auch hier angeht, der sonst zu erwartenden Ausschreitungen des „freien Handels“ nicht entbehrt werden kann. Die Gefahr der Volkswirtschaft durch die Geldherrschaft muß und kann gebannt werden durch die sozialgesetzliche Ordnung der bereits jetzt syndikatisierten Rohstoffindustrien. Das von den „amtlichen Stellen“ bestellte Verfahren der Zwangsyndikalisierung oder sonstiger öffentlicher Unterjüngung der Syndikatsbildung ohne die unbedingt notwendigen Schutzmaßnahmen gegen die Ausbeutung der Verbraucher führt uns unabweisbar in den Staatskapitalismus als allergefährlichster Sorte hinein. Die empfohlene gesetzliche Regelung der

Monopolstellung ist natürlich noch nicht gleichbedeutend mit der demokratischen Sozialisierung der Erzeugungsmittel, aber sie stellt den nach unserer Ueberzeugung ganz unumgänglichen Uebergang zu dieser höheren Wirtschaftsform dar. Für die Trübsal der Privatwirtschaft ist zwar die „höchste Wirtschaftsförmigkeit“, aber auch Zucht, Handelskreditor an der Königlich-Preussischen Zeitung, nennt diese umfassende Werkverschmelzung nur die „vorläufige“ bessere Organisation, die wieder „zunächst noch nicht deutlich erkennbaren gesellschaftlichen Wirtschaftsformen die Wege ebnet“. Das wird die demokratisch-sozialistische Wirtschaftsform sein.

Es versteht sich zwar von selbst, soll aber dennoch ausdrücklich hervorgehoben werden, daß auch in den mit staatlichen Mitteln neugebildeten oder neugegründeten Unternehmerkreisen der Uebergangszeit der Arbeiter einfluß nicht ausgeschlossen werden darf. Es ist eben das geradezu Aufreizende der amtlichen Tätigkeit bei der Subsidatsförderung, daß dabei eine Vertretung der Arbeiter ganz außer Acht gelassen wird. Ob man amtlich immer noch an der Eingabzeit festhält, die Unternehmerkreise beeinflussen die Arbeiterverhältnisse nicht, oder ob man nach kurzfristiger Bürokratenart die Organisation der Arbeiter in dem betreffenden Gewerbe als völlig unbedeutliche Größe ansieht, sei dahingestellt. Für die Arbeiterorganisationen muß als unbedingte Voraussetzung ihres Einverständnisses mit der staatlichen Förderung und Einrichtung von Unternehmerkreisen gelten, daß die organisierten Arbeiter auf das Geschäftsgebaren dieser Organisationen mitbestimmenden Einfluß bekommen! Die Arbeiter gehören doch sozusagen auch mit zur „Industrie“, sind vollwirtschaftlich sicher nicht minder wichtig als die Unternehmer. In den Beschlüssen der Unternehmerkassen aber, mögen sie nun rein privatkapitalistische, oder gemischtwirtschaftliche oder rein staatliche Monopolgesellschaften darstellen, wird über die wichtigsten beruflichen und sozialen Angelegenheiten auch der Arbeiter mitentschieden. Die Zeiten sind vorbei, wo die Arbeiterkassen als geübte Ertragende alles demütigvoll hinnimmt, was sogenannte „höhere Einsicht“ über sie beschließt. Und außerdem kann es für die Fortentwicklung einer gemeinnützigen Entwicklung des Gewerbes nur schädlich sein, wenn auch Vertreter der organisierten Arbeiter in verantwortlicher Weise an der Regelung der gewerblichen Verhältnisse mitwirken. Das halten wir gerade mit Rücksicht auf die schwierigen Wettbewerbsverhältnisse, in die unsere Industrie nach dem Kriege hineingestellt sein wird, für unbedingt notwendig.

Otto Que.

Die durchgehende Arbeitszeit

In der letzten Zeit ist wieder mehr über dieses Thema geschrieben und gesprochen worden, und zwar mit vollem Recht. Denn unter den zu erstrebenden Reformen der Arbeitsart gehört diese zu den wichtigsten. Die wichtigste ist und bleibt ja die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden überhaupt. Aber keinesfalls liegen doch die Dinge so, daß wir mit der Durchführung anderer Reformen solange warten müßten, bis diese grundlegende durchgeführt ist. Ich will auch zu den Gründen, die von verschiedenen Seiten und an verschiedenen Stellen aufgeführt sind, keine neuen, die auch kaum beizubringen sind, hinzufügen. Aber der Artikel von R. in Nummer 30 unseres Verbandsorgans nötigt zu einer Erwiderung. Er ist ein Schulbeispiel dafür, wie man Fragen von allgemeiner Bedeutung nicht von dem Standpunkt eines beschränkten, nämlich kleinen Gebietes beurteilen darf. „Ganz würde die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit eine Verschlechterung für die Arbeiter bedeuten“, sagt R. im letzten Satz seines Artikels. Nun gibt es aber schon eine Urmann-Kollegen in Berlin, Hamburg und anderen Orten, die sich dieser Meinung erkennen. Wenn der Kollege nur einmal eine Zeilung den Gang dieser Arbeitsweise gehabt hätte, würde er zu den glühenden Anhängern gehören. Wenn nur der eine Vorteil dabei wäre, daß der Arbeiter keine freie Zeit in einem fort ununterbrochen hätte, wäre das schon Grund genug, ihn zu erziehen. Denn der Vorteil ist gegen das jetzt meistens geübte Verfahren der getrennten Ruhezeit so groß, daß die größere Beschäftigung der Arbeiter sich schon lohnte. Die jetzigen halbtägigen Frühstücks- und Besper- sowie die ein- oder einhalbstündigen Mittagspausen sind keine richtigen Pausen. Um das höchste Maß zu essen, braucht man die Zeit nicht und zum Schlafen in der Mittagspause reicht es auch nicht recht.

Und was wird die übrige Zeit verdrängen? Ganz dem geübten sozialen Charakter der Arbeit entsprechend. Man braucht sich nur die Wärme, soweit solche dazu bestimmt vorhanden sind, zu vergegenwärtigen, um zu einer Ablehnung dieser Art des Zeitverhältnisses zu kommen. In den meisten Fällen sind sie zu klein, um allen Beschäftigten Platz zu geben. Dann sind sie dunkel, schlecht ausgeleuchtet, ohne Farbe und Schmutz. Ein Anzeichen dafür ist natürlich kein Vergnügen. Dazu kommt der unangenehme Geruch, der von einem aufsteigenden Schmutz und die Anwesenheit der Körper, der Schweiß usw., der den Aufenthalt in solcher „Wohlfahrtsrichtung“ gar nicht macht. Dazu steht jede Art von Unsauberkeit. Noch gemischte Wärme und Lärm, möglichst groß, das sind die Mittel. Das ist unheimlich, aber nicht geeignet, die Ansprüche des Arbeiters zu heben. Arbeit hat in jedem Sinne Anspruch, da jeder sich die Zeit auf seine Weise verdient. Scheinbar knüpft auf die Beschäftigten des Einzelnen kann hier genommen werden. Man denkt nur einmal an die Sorgen, Lasten, in jeder Stunde in die Welt zu gehen werden und jeder Kampf ist zum Kampf. Da geht ich doch lieber eine Stunde früher heimwärts und mache mir zu Hause bequem. Da bin ich mein eigener Herr in meiner vier Wände und kann alle die Annehmlichkeiten haben, die mir das Leben bietet. Will ich da stehen, habe ich mein Sofa oder mein Bett und kann mich auf den roten Ledersesseln meine Gedanken entwickeln und wie gewohnt ausruhen. Und nun gar dort, wo keinerlei Einrichtung vorhanden ist. Dort haben die Kollegen auf und unter der Zeit aber an jetzt irgend einem Platz und jagen die noch dem Essen übrige Zeit bei.

Und das hat mit anderen Sachen noch etwas weniger. Arbeit ganz unheimliche Dinge. Ungeheures in dem jämmerlichen Zeug ist man da und dort fest.

Anderer Kollegen gehen meistens zu Mittag nach Hause. Wenn sie nicht gerade von ca. 12 bis 1 Uhr zum Essen gehen, ist das eine Gefahr und eine Last, die zu einem richtigen Kampf bei Essen kann kommen. Wenn man einander, man wisse in der Mitte des Tages keine warme Mahlzeit haben, so ist das nicht möglich. Wenn ich die Hauptmahlzeit einnehme, hängt natürlich von der Gesundheit ab. Die größte Gefahr der Gesundheit und Verfall herbeizuführen kann über Mittag gar nicht nach Hause kommen und ist deshalb „hohes Stück“. Für die ist die Zeit nach dem Essen verloren. Wenn sie dafür früher heimwärts kommen können, wäre ihnen mehr damit gebührt.

Man ist sich, wenn man eine solche Sache verdrängen will, geht es in jedem zweiten Akt. Dort führt er als Beispiel einen Arbeiter an, der eine Stunde zu gehen hat und bei ungeteilter Arbeitszeit um 6 Uhr nach Hause kommt. Um bei dieser Beispiel zu bleiben, kommt er jetzt um 7 Uhr zu Hause. Seine Kinder haben

bisher mittags allein gegessen oder bis um 7 Uhr gewartet, denn, da der Arbeiter eine Stunde Wegs bis zu seiner Wohnung hat, konnte er bisher auch nicht „zu Tisch“ um 12 Uhr gehen. Ober sollte man es mit einem Arbeiter zu tun haben, der 2 1/2 Stunden Mittagspause hat? Die gibt es doch wohl kaum. Und dann fäten sie mir leid. Um das Essen mittags einzunehmen eine Stunde hin, eine Stunde zurück, gleich zwei Stunden zu gehen, ist eine so ungeheure Leistung, daß von dem eingenommenen Essen überhaupt nichts bleibt. Beweis, die „gute alte“ Zeit mußte gemüthlicher zu leben, sagt man wenigstens. Aber damals wohnte der Geselle im Hause oder wohnte so dicht dabei, daß er bei einer oder einundeinhalb Stunden Pause wirklich ruhen konnte. Diese Zeit ist doch längst vorüber und die geteilte Arbeitszeit ist so ein schlechtes Erbe, das wir mit übernommen haben. Die Vorbedingungen dazu sind aber längst überholt. Wenigstens trifft das für die Großstädte und den größten Teil der Industriebezirke zu. Also weg mit dem alten Erbteil, es ist zu nichts mehr.

Der weitere Grund, der vor R. gegen die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit einzuwenden wird, ist gleichfalls überholt. Hamburg hat die ungeteilte Ruhezeit seit langem, alle Behörden, die meisten Kontore haben ungeteilte Arbeitszeit. Für ist also die Neuerung längst eingeführt, der „Schritt ins Gesellschaftliche“ nicht mehr nötig. Ich habe noch nicht gehört, daß dort Strände gegen diese Neuerung geltend gemacht worden sind. Als sie erst eingeführt wurde, kamen auch dort die Vertreter der „guten alten Zeit“, aber sie sind längst ruhig geworden, weil die Vorteile für die Beschäftigten zu große sind.

Nun zu dem ersten Absatz, dem sozusagen prinzipiellen. R. fñhlt sich genötigt, und darauf legt er das Hauptgewicht, festzustellen, daß der Unternehmer den größten Vorteil davon hat. Soweit die Ersparnisse an Heizung, Licht, Öl und sonstigen Betriebskosten in Betracht kommen, sind sie doch nicht nur ein Vorteil des Unternehmers, sondern der gesamten Gesellschaft. Was in diesen Pausen verbrannt, verschmiedet und in die Luft gepufft wird, sind Ausgaben, die den gesamten Produktionsprozeß belasten, also völlig unnötige Kosten verursachen. Wenn es eine Möglichkeit gibt, diese „falschen Unkosten“ einzuschränken, sollte man es tun und dabei selbst mit liebgewordenen Gewohnheiten brechen. Wenn neben diesem Vorteil für die Allgemeinheit noch ein Gewinn für die Arbeiter herauskommt, kann man das doppelt begrüßen. Seit wann aber prüfen wir, wer den größeren Vorteil hat? Wer will überhaupt den Nachweis führen, daß der Unternehmer den größten Vorteil hat? Durch die gesamte Gewerkschaftsarbeit ist der Arbeiter leistungsfähiger geworden. Sein Lebensalter hat sich erhöht, seine Umjäre infolge des höheren Lohnes sind gewachsen, seine Bedürfnisse sind größer geworden. Aber um wieviele Male leistungsfähiger ist das Unternehmertum geworden? Um also der Beweisführung des Kollegen R. zu folgen, müßten wir die Gewerkschaftsarbeit an den Nagel hängen. Er übersieht dabei nur, daß die Leistungsfähigkeit noch ungeheuer gesteigert werden muß, um durch die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel allen Gesellschaftsangehörigen ein auskömmliches Leben zu gestatten. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter in den neuzeitlichen Betrieben soll schon auf dem Höchstpunkt angelangt sein — trotz Lärm, Licht, Hitze, hier in Hamburg hat vor kurzem ein in ungeteilter Arbeitszeit schaffender Betrieb auf Wunsch der Arbeiter die Ueberstunden, die leider während des Krieges üblich geworden sind, abgeschafft. Die Kollegen haben der Firma freiwillig angeboten und es auch durchgeführt, in 9 Stunden das Gleiche zu leisten, wie in 11 Stunden. Sie haben also ihre Leistung um rund 22 v. G. zu steigern vermocht, um die Ueberstunden abzuschaffen. Auch da waren ihnen die Vorteile groß genug, um nicht erst zu fragen: Wer hat den größeren Vorteil dabei? Mehr oder minder wird der Unternehmer stets mit größerem Vorteil als der Arbeiter bei Verbesserungen rechnen können. So darf uns diese Rücksichtnahme und das ängstliche Abwägen auch nicht leiten. Sehen wir eine Verbesserung unserer Lage durch eine Maßnahme, so führen wir sie, wenn wir können, auch durch. Es geht in unsern Wirtschaftswesen eben so zu, daß den Unternehmern „alle Dinge zum Besten dienen“, wie denen, die Gott lieben. Wenn wir darauf Rücksicht nehmen wollten, gingen uns wie den Experten nach.

Alle von R. angeführten Gründe gegen die ungeteilte Arbeitszeit treffen also nicht zu. Und es wäre wohl zu wünschen, daß die Kollegen sich überall, wo die sonstigen Vorbedingungen es gestatten, der Einführung der Neuerung ihre Aufmerksamkeit widmen. Wo allerdings noch 9 1/2- und 10stündige Arbeitszeit vorherrscht, wird die Verkürzung dieser Zeit die notwendigste und wichtigste Aufgabe sein und bleiben. Wo man aber 8stündige oder noch kürzere Arbeitszeit hat, bietet die ungeteilte Zeit unseren Kollegen so viele Vorteile, daß man sie einführen sollte. A. D. Wiedermann (Hamburg).

Unser Verband in der 158. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 158. Kriegswoche ist in nachfolgender Übersicht dargestellt.

Zur erfolgter Abrechnung und Berichte hierzu nicht eingegangenen von den Verwaltungstellen: Gumbinnen, Langenmünde, Gurhoven, Heide, Diersch-Schwarzb., Uetersen, Wedel-Schulau, Lörach, Siedau und Regensburg.

Übersicht über die Zeit vom 5. bis zum 11. August 1917.

Woche	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	2036	2037	2038	2039	2040	2041	2042	2043	2044	2045	2046	2047	2048	2049	2050	2051	2052	2053	2054	2055	2056	2057	2058	2059	2060	2061	2062	2063	2064	2065	2066	2067	2068	2069	2070	2071	2072	2073	2074	2075	2076	2077	2078	2079	2080	2081	2082	2083	2084	2085	2086	2087	2088	2089	2090	2091	2092	2093	2094	2095	2096	2097	2098	2099	2100
1.	33	1	9076	20	130	28	8946	5	0,05	42																																																																																																																																																																															
2.	29	—	10633	17	47	23	10586	8	0,07	81																																																																																																																																																																															
3.	31	—	9283	24	86	44	9277	6	0,06	61																																																																																																																																																																															
4.	51	—	43057	123	316	89	42741	49	0,11	223																																																																																																																																																																															
5.	78	1	37783	99	211	95	37542	23	0,06	115																																																																																																																																																																															
6.	37	5	33509	92	196	79	33313	21	0,06	42																																																																																																																																																																															
7.	34	—	53377	72	473	122	52904	8	0,01	30																																																																																																																																																																															
8.	27	—	18113	43	197	68	17916	7	0,04	73																																																																																																																																																																															
9.	49	1	37214	98	267	102	36947	151	0,11	502																																																																																																																																																																															
10.	37	2	26947	62	163	36	27784	48	0,20	286																																																																																																																																																																															
11.	1	—	65166	156	116	116	65043	106	0,15	407																																																																																																																																																																															
Juli	406	10	34208	788	2204	804	34200	432	0,12	1862																																																																																																																																																																															

Die Übersicht zeigt, daß der Verband während der 158. Kriegswoche eine Mitgliederbewegung von 106 Mitgliedern (100 Männer und 6 Frauen) aufweist. Die Arbeitslosigkeit im Verband während der 158. Kriegswoche betrug 106 Mitglieder (100 Männer und 6 Frauen). Die Übersicht zeigt, daß der Verband während der 158. Kriegswoche eine Mitgliederbewegung von 106 Mitgliedern (100 Männer und 6 Frauen) aufweist. Die Arbeitslosigkeit im Verband während der 158. Kriegswoche betrug 106 Mitglieder (100 Männer und 6 Frauen).

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Streitigkeiten zu vermeiden und eine geregelte Vertragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 2. Sept. der 36. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. September 1917 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsausschuss des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vom 1. Oktober an für männliche Mitglieder der Klasse I 16 %, für männliche Mitglieder der Klasse II und für weibliche Mitglieder 10 %, für Jugendliche 5 % pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Undgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Bezirksleitung im 6. Bezirk:

Der Kesselschmied Johann Ruhland, geb. am 29. Nov. 1870 zu Burglengenfeld, Buch-Nr. 1.559.516, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Bestellungen auf die Gewerkschaftliche Frauenzeitung sind nur an den Vorstand zu richten, nicht wie es vielfach geschieht, an die Expeditionen der Metallarbeiter-Zeitung.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rätestraße 16, 1.

Geldsendungen, die nicht auf das Postcheckkonto, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: Theodor Werner, Stuttgart, Rätestraße 16, 1.

Bei allen Geldsendungen, sei es mit Zahlkarte oder Postanweisung, genügt nicht der Stempel der Verwaltungstelle als Absender, sondern es müssen Name, Wohnort, Straße und Hausnummer des Absenders auf der Vorderseite des Abschnitts angegeben werden, während auf seiner Rückseite genau zu vermerken ist, wofür das Geld verbucht werden soll.

Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichte

Metallarbeiter.

Aktenburg. In Versammlungen der Verwaltungsausschüsse Akenburg, Meuselwitz, Schmolln und Zeitz, die mit Ausnahme der Zeitz gut besucht waren, gab der Delegierte für Akenburg, Kollege Fröhlich, Bericht von der Generalversammlung. Einleitend bemerkte der Berichterstatter, daß die Generalversammlung auf historischem Boden der Arbeitertagungen — sozialdemokratischer Parteitag 1893, Gewerkschaftstongreß 1905 — stattgefunden hat. Den Kölner Dom, ein Beweis deutscher Kunst und Arbeit, stellte er in Vergleich mit unserem Verband, in dem so mancher Kollege jahrzehntelang sein bestes geleistet habe. Unwillkürlich hätte so mancher Delegierte zu diesem Vergleich kommen müssen, angesichts der Bestrebungen einer Gruppe von Kollegen, den stolzen Bau „Verband“ zu untergraben und schließlich zu sprengen. Dazu sei es erlauchterweise in Köln nicht gekommen. Eingehend schilderte der Berichterstatter die Auseinandersetzungen über die Politik der Gewerkschaften — besonders des Verbandes — im Kriege und die Bestrebungen der zur „unabhängigen Parteigruppe“ gehörenden Delegierten, den Verband von seinen bisher bewährten gewerkschaftlichen Bahnen abdrängen und in das parteipolitische Fahrwasser der „unabhängigen“ zu leiten. Zeitweise habe der Verbandsrat darüber, daß die „unabhängigen“ die Gelegenheit wahrgekommen hätten, ihre Politik an den Mann zu bringen, mehr eine Tagung der „unabhängigen“ als eine Generalversammlung des Verbandes der Metallarbeiter dargestellt. Ein Beweis der Duldsamkeit des Verbands der Delegierten. Die angenommene Erklärung und der abgelehnten Aufruf, als Ergebnis der Beratungen, brachte der Berichterstatter zur Kenntnis der Versammlungen. Desgleichen alle erledigten Anträge von Wichtigkeit, einschließlich des abgelehnten Antrages der Statutenberatungskommission, alle Gehalte von Angestellten auf die Hauptkaffe zu übernehmen. Für die Verbesserung der Gehalte gab Fröhlich die für jeden Gewerkschafter leicht begreifliche Begründung. Zum Schluß sprach er den Wunsch aus, daß die Kollegen überall für die Einigkeit und den Ausbau des Verbandes eintreten mögen, denn Einigkeit und nicht Zersplitterung gereiche dem Verband und seinen Gliedern zum Vorteil. — Den Ausführungen des Berichterstatters waren die Versammelten in den genannten Orten mit großer Teilnahme gefolgt und fast allgemein fanden sie beifällige Aufnahme. Nur in Zeitz machte ein Kollege einige gegnerische Zwischenfälle und zwei Kollegen vertraten in der Aussprache den Standpunkt der Opposition. Die Tatsache, daß Fröhlich die Ausführungen des Korrespondenten Dismantel, die den „unabhängigen“ im Stenogramm vorlag, eingehend vom gewerkschaftlichen Standpunkt behandelte, schien nicht angeßhrem berührt zu haben. Man hätte gewünscht, mehr über die Ausführungen Schüldes zu hören, besonders auch ob und wieviel der Verbandsvorstand Kriegsanleihe gezeichnet habe. Der Berichterstatter zeichnete in kurzen Zügen die Arten der Geldanlage und stellte sich auf den Standpunkt, daß — da angelegte Verbandsgelder von den Banken doch auch zur Kriegsanleihe gezeichnet werden — es nur für den Verband eine bessere Veranlagung der Gelder darstelle, die er selbst als Kriegsanleihe gezeichnet hat. Im übrigen stellten sich auch diese Kollegen auf den Standpunkt des Berichterstatters, daß unter allen Umständen alles getan werden müsse, die Einheit des Verbandes hochzuhalten.

Köln a. Rh. In drei überfüllten Versammlungen nahmen am 21. August die hiesigen Metallarbeiter Stellung zur Bewegung, die am 6. Juli eingeleitet worden war. (Siehe Nr. 29 der Metallarbeiter-Zeitung.) Im großen Saale der Lesegesellschaft gab Kollege Haas den Ueberblick über die Entwicklung und den heutigen Stand der Bewegung. Eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse sei schon allein infolge der hohen Krankenzahlen der Kölner Betriebskrankenkassen geboten. Wer da will, daß Deutschland nach dem Kriege den Kampf um den Weltmarkt mit Erfolg wieder aufnehmen kann, muß dem Raubbau mit den Kräften der Arbeiterklasse entgegenreten. Dies um so mehr, als unsere Vermögen, die Ernährungsmittel, zu verbessern, immer nur kleine Teilerfolge gehabt haben. Aus der Not ist am 6. Juli der große Metallarbeiterstreik in Köln entstanden, der von Arbeitern der rechten Rheinseite durchgeführt wurde. In den Verhandlungen, die damals eine Arbeiterabordnung mit dem jetzigen Staatssekretär Ballraj und dem selbstbetretenden Polizeipräsidenten führte, spielten auch schon Lohnfragen und das Verlängen nach kürzerer Arbeitszeit eine Rolle. Am Nachmittag des Streiktages beauftragte eine große Versammlung in Deutz die drei Organisationsstellen mit der weiteren Führung der Bewegung. Am 16. Juli unterbreiteten die drei Metallarbeiterorganisationen dem Verband der Metallindustriellen die von uns schon veröffentlichten Forderungen, deren Kern die Verkürzung der Arbeitszeit auf 51 Stunden die Woche und ein entsprechender Lohnausgleich sind. Die Arbeiter dürfen durch die verkürzte Arbeitszeit keinen Lohnausfall haben. Abschritten weiterer Forderungen erhielten die königliche Regierung und das königliche Gouvernement mit dem Ersuchen, diese beiden Behörden möchten das möglichste tun, um die Unternehmer zu Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen zu bewegen. Regierung und Gouvernement befragten den Eingang und stellten weitere Nachrichten in Aussicht. Dann hörten wir mehrere Reden nichts mehr. Nachdem wir auf eine Entscheidung gedrängt hatten, fand am 10. August eine Besprechung zwischen der Regierung und den Unternehmerorganisationen statt, worauf wir folgendes Schreiben von der Regierung erhielten: „Auf die Eingabe vom 16. v. M. erwidere ich den Vorständen der drei Metallindustriellen ergebenst, daß ich mich mit dem Verband der Metallindustriellen des Regierungsbezirks Köln und der Raubargebiete in Verbindung gesetzt und auf

feiner Wunsch auch dem hiesigen Arbeitgeberverband in Köln, der eine größere Zahl der Metallindustriellen zu seinen Mitgliedern zählt, Gelegenheit zur Stellungnahme zu ihrer Eingabe gegeben haben. Beide Arbeitgeberverbände haben darauf Versammlungen ihrer Mitglieder einberufen und deren Entscheidung eingeholt. Wie mir die Arbeitgeberverbände gestern mitteilen, stehen ihre Mitglieder einstimmig auf dem Standpunkt, daß, nachdem das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 (N. G. Bl. S. 1333) in den §§ 11 bis 13 eigenen Organen, nämlich dem Arbeiterausschuß und dem Schlichtungsausschuß, die Verhandlungen über Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen übertragen hat, und auch im Regierungsbezirk Köln dieser gesetzlich vorgeschriebene Weg von den Arbeitern mit Erfolg schon mehrfach beschritten worden sei, Platz und Anlaß für Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmerverbänden und Arbeitgeberverbänden nicht mehr gegeben sei. Gegenüber dieser auf gesetzlichen Bestimmungen gegründeten Ablehnung sehe ich mich außerstande, die dort gewünschten Verhandlungen herbeizuführen, stelle aber von Gewerkschaften ergebenst anheim, auch ihrerseits zu der Frage Stellung zu nehmen.

Am 15. August hielten wir dann eine Besprechung der Verbandsfunktionäre ab. Diese Sitzung beschloß, drei Vertreter zum Kriegsamtsamt in Berlin zu entsenden, dem vorher schon das Material eingereicht worden war. Am 19. August verhandelten wir in Berlin mit dem Kriegsamtsamt und dem Kriegsernährungsamt. Die Verhandlungen leitete Oberst Marguardt, General Groener war gerade aus dem Amte ausgeschieden, und sein Nachfolger, General Scheuch, war von der Front noch nicht eingetroffen. Unter den Vertretern des Kriegsamts befand sich auch Alexander Schlichte, der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Wir stellten den Herren vor, daß der Vorschlag der Kölner Unternehmerorganisationen, in einer so allgemeinen Frage vor dem Schlichtungsausschuß zu verhandeln, undurchführbar sei. Mühten sich doch vorher die Unternehmer in 150 bis 200 Betrieben mit den Arbeiterschüssen von rund 30 000 Arbeitern verständigen, und dann würden erst endlose Termine vor dem Schlichtungsausschuß beginnen. Da müßte der Krieg noch drei Jahre dauern, ehe wir mit den Unternehmern zu Ende wären. Wir könnten eine solche Verzögerungspolitik der Unternehmer nicht verstehen in einer Zeit, wo doch auch der ärmste Sohn des Landes draußen die Grenzen schützen müsse. Die Vertreter des Kriegsamts haben uns in der Verhandlungsforderung vollkommen recht gegeben. Sie erklärten der Reihe nach, es sei besser, wenn von Organisation zu Organisation verhandelt würde. Ebenso einmütig wurde zugegeben, daß das Hilfsdienstgesetz solchen Verhandlungen nicht entgegenstehe. Das Kriegsamtsamt ersuchte nun telegraphisch das Stellvertretende Generalkommando in Koblenz, einen Vertreter der dortigen Kriegsamtsstelle nach Köln zu entsenden. Als wir am Montag von Berlin zurückkamen, lag schon folgendes Telegramm aus Koblenz vor: „Stellvertretendes Generalkommando entsendet sofort Vertreter der Kriegsamtsstelle, der versprochen wird, gemeinsame Besprechungen herbeizuführen.“ Am gestrigen Montag (20. August) fand eine neue Vertrauensmännerversammlung der drei Metallarbeitergewerkschaften statt. Sie stand noch ganz unter dem Eindruck, daß die Unternehmerorganisationen Verhandlungen mit den Gewerkschaften ausweichen würden. Deshalb beschloß sie, den heutigen entscheidenden Versammlungen eine Entschliegung vorzulegen, die unter anderem besagt: „Kommen bis zum Samstag dieser Woche Verhandlungen nicht zustande, so werden die Arbeiterorganisationen beauftragt, unverzüglich alle weiteren Maßnahmen zu treffen.“ Eine erhebliche Minderheit verlangte sofortige schärfere Maßnahmen. Heute kurz vor der Versammlung wurde uns mitgeteilt, daß die Vorstände der Unternehmerorganisationen in einer Besprechung im Regierungsgebäude erklärt hätten, sie könnten in diesem Augenblicke die Verantwortung für einen Kampf nicht tragen. Sie wollten nicht dazu beitragen, daß den Truppen an der Front auch nur die Munitionserzeugung einer einzigen Stunde verloren gehe. Es wurde folgender Beschluß der Unternehmerverbände in Köln und des Verbandes der Metallindustrie des Regierungsbezirks Köln und der Nachbargebiete festschrieben: „Auf Grund dieses Beschlusses ist unsere Latitz zu ändern. Die in der Vertrauensmännerversammlung angenommene Entschliegung wird damit hinfällig. Wir dürfen erwarten, daß am Donnerstag die Unternehmerorganisationen die Beschlüsse ihrer Vorstände annehmen und verhandeln werden. Andernfalls nehmen sie eine Verantwortung auf sich, die jetzt besonders schwer zu tragen wäre. Wir müssen allerdings erwarten, daß schon am Samstag dieser Woche oder spätestens am nächsten Montag die Verhandlungen beginnen. Dann werden wir, wenn drüben der gute Wille vorhanden ist, zu einer Einigung kommen.“ In der Aussprache wurden erschütternde Bilder von den zermürbenden Arbeitsmethoden und von den unzureichenden Ernährungsverhältnissen entrollt. Man solle nicht vor „Gamsjägerfahrten“ der arbeitenden Frauen reden. Wenn diese einen Tag frei nähmen, um aufs Land zu reisen, so seien dies „Gamsjägerfahrten“. Ein Redner prägte das Wort: „Die Menschenmaschinen, die am wenigsten arbeiten, werden am meisten geschmiert, und die Menschenmaschinen, die am meisten arbeiten, bekommen kein Öl.“ Es fehlte auch nicht an dem Verweise, Mißtrauen gegen die gewerkschaftlichen Führer zu fassen, die man bei den bevorstehenden Verhandlungen mit den Unternehmern scharf werde vorantreiben müssen. In einem kurzen Schlußwort machte Haas folgende bemerkenswerte Mitteilungen: „Auf Anraten der Kölner Regierung und des Polizeipräsidenten haben wir die heutigen Versammlungen nicht nachmittags 5 Uhr, sondern abends 7 Uhr stattfinden lassen. Wir zeigten uns dem Hinweis auf das vaterländische Interesse, das volle Ausnutzung der Arbeitszeit gebiete, zugänglich. Daß manche Unternehmer sich um dieses „vaterländische Interesse“ nicht kümmern, beweist folgender Anschlag im Humboldtwerk: „Infolge des zu erwartenden Besuchs der drei großen Volksversammlungen der Metallarbeiter und -arbeiterinnen am Dienstag abend wird der Betrieb der Nachschicht in Frage gestellt. Wir sehen uns gezwungen, die Nachschicht, wo es sich um regelmäßige Beschäftigung handelt, mit Ausnahme der Feuerarbeiter, gänzlich ausfallen zu lassen. Diejenigen Arbeiter, die gemittelt sind, zu arbeiten und um 7 Uhr anfangen wollen, sollen ihre Namen des Morgens um 7 Uhr beim Portier abgeben. Wir behalten uns vor, die Arbeiter eventuell mit andern Arbeitern als ihre gewöhnliche Arbeitsverrichtung zu beschäftigen. Eine Beschäftigung der später als 7 Uhr erscheinenden Leute kann nicht stattfinden.“ Mit nochmaliger Mahnung zur Einigkeit und Geschlossenheit wurde die große Versammlung geschlossen.

Im Saale der „Mittlergesellschaft“ sprach Schmitz von den christlichen Metallarbeitern in demselben Sinne wie Haas. In den gleichen Gedankenrichtungen bewegte sich die Rede Keckers von den kirchlichen Dunderbüchsen in der „Frankischen Post“. Nach Beendigung der Reden kam es zu kurzen Aussprachen, aus denen hervorging, welche Erbitterung unter den Rüstungsarbeitern herrscht. Ein Spruch aus dem Lort dieser Reden und aus dem Wortsatz, daß ein längeres Beschäftigen nicht mehr möglich ist.

samtarbeiterschaft und auch der Mitglieder unserer Verwaltungstelle. Eine Aussprache hierzu wurde nicht beliebt. — Kollege Schöttle erstattete dann den Bericht vom Verbandstag in Köln. Einleitend betonte er, daß, wenn man die Verhandlungen der Zentralversammlung in Köln und deren Ursachen und Ergebnisse beurteilen wolle, man nicht allein vom organisatorischen und persönlichen, sondern auch vom geschichtlichen Standpunkt Kritik üben müsse, wolle man in seinem Urteil einigermaßen richtig gehen. Der Redner gab in 1/2-stündigen Ausführungen einen sehr ausführlichen Bericht über die Verhandlungen, besonders über den Vorstandsbereich und die damit verbundenen Meinungskämpfe. Sehr aufmerksam folgten die Zuhörer den Schilderungen des Redners über die Bedeutung der Ausführungen der Referenten Schlichte und Dymann und der bedeutenderen Diskussionsergebnisse. Die gestellten Anträge zur Generalversammlung und die dazu gefassten Beschlüsse gab der Redner ebenfalls in vollständiger Weise bekannt. Zum Schluß forderte der Berichterstatter die Versammelten auf, zu beachten, daß die Generalversammlung an einem wichtigen Wendepunkt der Geschichte steht. Habe es während des Krieges schon geheißen, daß wir neu, um- und zuertreten müßten, so werde dies nach dem Kriegsende nicht anders sein. Über nicht nur das, wir werden nach Kriegsende bereits in vielen wirtschaftlichen und politischen Dingen schon neue Verhältnisse haben; viele alte Verhältnisse gelte es daneben zu ändern und neue bessere Verhältnisse zu schaffen. Diese Gedanken hätten die Delegierten den Gedanken der Einheit der Organisation hochhalten lassen und man sei mit dem gemeinsamen Vorstoß von Köln geschieden, alle Kraft für die Einheit, Größe und Stärke der Organisation jetzt und in der Zukunft einzusetzen. Dasselbe müsse auch von der Pforsheimer Mitgliedschaft angelehrt und betätigt werden. Ohne Aussprache bekundete die Versammlung ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Kölner Generalversammlung. — Als Delegierte zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen Dahn, Kluge und Schöttle bestimmt.

Fahrleger.

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für Juli 1917.

Berufe	Arbeitslos waren am 1. Juli 1917	Arbeitslos waren am 1. bis 31. Juli 1917	In Arbeit wurden ermittelt vom 1. bis 31. Juli 1917	Arbeitslos waren noch am 31. Juli 1917
Gas- u. Wasser-Rohrleger	—	30	27	—
Gelber	—	54	44	3
Heizungs-Monteur	—	7	7	—
Gelber	—	44	33	1
Zusammen	—	135	111	4

Werftarbeiter.

Hamburg. In einer am 18. August abgehaltenen überaus zahlreich besuchten Versammlung im Gewerkschaftsausschuß für die Belegschaften aller Seeschiffswerften am Orte erstattete der Bevollmächtigte der Metallarbeiter, W. Koch, Bericht über den bisherigen Verlauf der Bewegung. Der Redner warf einen Rückblick auf die Bewegung und teilte mit, daß die Werften den Arbeiterschüssen die Mitbestimmung über die Werften gütigen es ablehnen, mit ihnen über die eingereichten Forderungen zu verhandeln. Da auf der ganzen Linie Forderungen eingereicht seien, habe man die Angelegenheit dem Industriellen-Verband übermittleit, um von Organisation zu Organisation zu verhandeln. In einer Vorbesprechung mit dem Syndikus Dr. Nische, an der der Bezirksleiter Schulz und er teilgenommen haben, hat man sich über die Form der Verhandlungen in bezug auf die Teilnehmerzahl verständigt. Da bei dieser Bewegung auch Stettin mit einbezogen sei, wurde eine Einigung dahin erzielt, daß außer den Gauleitern der für die Werften in Frage kommenden Organisationen von den vier größten Werften je zwei Vertreter aus der Werft mit hinzugezogen werden sollen. Die Verhandlungen fanden am Freitag, 10. August, im Arbeitergebäude, Neuenburg, statt. Forderungen waren aus folgenden Orten gestellt: Einsparungen, Begegnung, Kostof, Flensburg, Lübeck, Bremerhaven, Hamburg, Kiel. Die Forderungen bewegten sich im Rahmen von Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, Regelung der Morde, Erhöhung der Zulagen für Reklamerte, Zahlung von Feuerzulagen an Dispositions- und Lagerarbeiter, Regelung der bis jetzt gebliebenen Feuerzulagen dahin, daß der bisherige Satz, der monatlich zur Auszahlung gelangte, wöchentlich in derselben Höhe zu zahlen sei; Abschaffung des bisherigen Wahlverfahrens für Arbeiterschusswahlen; Zuschläge in Höhe von 50 v. H. für qualifizierte Lohnarbeiter; Zahlung von Zuschlägen bei Über-, Nacht- und Sonntagsstunden für Schiffzimmerleute. (Zuletzt nur für die auf den Hamburger Werften Beschäftigten zu. D. B.) Nach einer längeren Einleitung des Syndikus Dr. Nische, aus der der Eingeweihte entnehmen konnte, daß bei den Verhandlungen für die Werftarbeiter nichts herauskommt, nahm die Frage der Arbeitszeitverkürzung einen erheblichen Teil der Verhandlungen in Anspruch; eine Einigung konnte nicht erzielt werden, da die Werften sich grundsätzlich auf einen ablehnenden Standpunkt stellten. Ebenso ablehnend verhielten sie sich zu den übrigen Forderungen, wie Feuerzulagen, Erhöhung der Zulagen für diejenigen, die einen doppelten Hausstand haben. Auch in bezug auf Morde war eine Regelung nicht zu erzielen. Betreffend die Lohnforderung erklärten die Vertreter der Werften, trotz der enormen Zulagen, die sie während der Dauer des Krieges den Arbeitern gemacht haben (Stürmische Zurufe: Wir wollen mehr haben!), haben die Werften auf Grund der teuren Verhältnisse abermals Entgegenkommen gezeigt, indem sie vom 1. Oktober an 2 S, vom 1. Dezember an weitere 2 S auf die Einstellungslohne sowohl wie auf die zurzeit bestehenden Löhne zulegen wollten. In einer an demselben Tage stattgefundenen Konferenz, an der die Vorstände der in Frage kommenden Organisationen, wie auch Vertreter der christlichen und kirchlichen Dunderbüchsen teilnahmen, wurde dieses Zugeständnis glatt abgelehnt. (Stürmischer Bravo.) Die Konferenz beschloß, daß die Vorstände nunmehr sich in einer Denkschrift an das Kriegsamtsamt wenden, um weitere Verhandlungen durch das Kriegsamtsamt in die Wege zu leiten. Redner wies dann darauf hin, daß die Formulierung der Forderungen eine andere sei, als sie von den einzelnen Orten an die Werften eingereicht; unter Zugrundelegung der Hamburger und Kieler Forderungen seien die Forderungen, die die Denkschrift enthalten sollte, aufgebaut: Erhöhung der Einstellungslohne um 10 S die Stunde; allgemeine Lohnerhöhung für Morde- und Lohnarbeiter um 10 S die Stunde, für nur Lohnarbeiter eine solche um 20 S die Stunde; Regelung der Morde, daß ein Mindestlohn von 1,20 M bis 1,50 M die Stunde erzielt wird; für qualifizierte Lohnarbeiter soll ein Zuschlag von 50 v. H. erfolgen; die bestehenden Bestimmungen für die Arbeiterschusswahlen sollen abgeändert werden. Die Forderung der Feuerzulagen und Erhöhung der Zulagen für Reklamerte und Abkommandierte, soweit sie einen doppelten Hausstand zu führen haben, wurden in diese Forderungen nicht mit aufgenommen. Zum Schluß ging Redner noch auf allgemeine Dinge ein und wies darauf hin, daß gestern hoher Besuch auf den Werften war. Erstmalig habe man Anerkennung für die Arbeiterschaft gezeigt, die sich darin äußerte, daß der Kaiser, soweit aus den Zeitungsberichten zu entnehmen ist, einem großen Kreise von Arbeitern eigenhändig das Verdienstkreuz ausshändigte. Ziel wäre es uns aber freuen, wenn man den Arbeitern auch Anerkennung ihrer Verdienste zollen würde, die sich darin äußerte, daß man den Arbeitern ihre nur zu berechtigten Wünsche recht erfüllen würde. Die Anerkennung, die der Kaiser den Arbeitern zollt, ist der beste Beweis, daß hier zum Ausdruck kam: ohne die Hilfe der Arbeiterschaft wäre es nicht möglich gewesen, die gewaltigen Leistungen zu vollbringen. Leider müssen wir aber aus der Stellungnahme der Werksbesitzer erfahren, daß man für die Wünsche der Arbeiter wenig übrig hatte. Hoffen wir, daß man an maßgebender Stelle mehr Sympathie für die Arbeiter zeigt und den Werften klar macht, daß derartige Zugeständnisse den heutigen Verhältnissen

entsprechend geradezu empörend bei den Arbeitern wirken müssen. Wer will, daß auch weiterhin sich alles in ruhigen Bahnen vollzieht, muß den Wünschen der Arbeiter Entgegenkommen zeigen. In Anbetracht unserer gegenwärtigen Lage ist dies ein Gebot der Stunde. Will man dies nicht, dann trage man auch für all das, was sich daraus entwickelt, die Verantwortung. In die Verantwortung sich richtend, ermächtigte Redner, während der Dauer der noch schwebenden Verhandlungen die größte Ruhe zu beobachten, nur stoffe Disziplin und eiserner Wille führten uns zum Ziel. Mit dem Wunsche, daß die Bewegung erfolgreich für die Arbeiterschaft verlaufen möge, und auf die Stärkung der Organisation bedacht zu sein, schloß der Redner seine Ausführungen. (Stürmischer Beifall.) Dohler (Vertreter der Christlichen) unterstrich die von Koch gemachten Ausführungen. Er wies darauf hin, daß eventuell das Reich seine Aufträge dann besser bezahlen müßte. Koch hat recht, wenn er sagt, wenn man uns ferner Schwierigkeiten macht durch das bisher gezeigte ablehnende Verhalten, dann müßten die Organisationsleitungen beauftragt werden, alles abzulehnen, was sich aus den Dingen entwickelt. Jeder Metallarbeiter wies ebenfalls auf die Bedeutung hin, die der neuen Situation beizumessen ist. Er wies ferner darauf hin, daß die Organisationsleiter bei den Verhandlungen alles daran setzten, um die Forderungen durchzudrücken. Das nicht mehr herauskommen ist, ist nicht ihre Schuld. Die Verammlung stimmte einstimmig dem von den Vätern eingeschlagenen Wege zu.

Rundschau

Groener vom Kriegsamtsamt zurückgetreten.

Durch Kabinettsorder vom 16. August ist der Chef des Kriegsamts, Generalleutnant Groener, zum Divisionskommandeur und Generalmajor Scheuch zum Chef des Kriegsamts ernannt worden. So lautet, allen Beifalls entbehrend, die amtliche Mitteilung. Sie ist kurz, bündig und klar. Diesen Vorgang kann die halbamtliche Begründung für sich nicht beanspruchen. Sie ist folgenden wackelhaften Wortlaut:

„Da zur einheitlichen Durchführung der Volksernährung ein Teil der dem Kriegsamtsamt zugewiesenen Gebiete jetzt an das Kriegsernährungsamtsamt übergeht und eine weitere Einschränkung des Dienstbereiches des Kriegsamtsamt angelehrt wird, so ist Generalleutnant Groener in eine andere Dienststellung berufen.“

Eine einheitliche Durchführung der Volksernährung wird jeder als notwendig anerkennen. Wenn sie kommen sollte, kommt sie etwas spät, wenn nicht schon zu spät. Warum aber deshalb ein Mann, der auf diesem Gebiet Erfahrung und den ernstlichen Willen zur Abhilfe hat, ausgeschifft werden muß, ehe der Uebergang vollzogen ist, ist nicht recht einzusehen. Das jemand glauben zu machen, setzt bei dem Leser eine so starke Kindlichkeit voraus, wie sie sich beim Verfasser vertrat. Etwas verständlicher ist der zweite Satz: „da eine weitere Einschränkung des Dienstbereiches angelehrt werden soll.“ Hier kann man wenigstens zwischen Zeilen lesen. Zu den Obliegenheiten des Kriegsamts gehört nach § 3 des Hilfsdienstgesetzes auch die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes. Für sie ist der Leiter des Kriegsamts verantwortlich und das dürfte der Stein des Anstoßes gewesen sein. Seit Inkraftsetzung des Hilfsdienstgesetzes erwarb sich General Groener der besonderen Aufmerksamkeit der Schwerindustrie und ihres Anhangs. Keine Gelegenheit ließ diese vorübergehen, um dem Chef des Kriegsamtsamt und allen denen, die es hören und nicht hören wollten, ihr Mißfallen über das Gesetz auszudrücken, und jeder Streit, jeder Hungertrampal, alle die üblichen Erscheinungen in bezug auf Volksernährung, wie Lebensmittel und Kohlenmangel, legten sie ihm zur Last. Daß er die Gewerkschaften zur Mitarbeit herangezogen, daß er den Wirtschaftsfriedlichen nicht das gleiche Maß von Einfluß zugetraut hat, war eine seiner Todsünden. Wollens schlug sein Verhalten dem Fraß den Boden aus, als er in einer Sitzung des Reichstags-Hauptausschusses eine letzte Warnung an die Geher gegen das Hilfsdienstgesetz im Unternehmerlager richtete und auch ihnen eine gleiche Behandlung wie den Streik „angehenden“ Arbeitern in Aussicht stellte. Die Drohung an die Arbeiter, die wir als einen Wählgriff und als unbedeutend erklärten, stimmte seine Gegner nicht milder gegen ihn. Von Stund an war sein Schicksal besiegelt. Diesen Freimut, diese Offenheit konnten die Herrmenschen, die in Friedenszeiten Minister zu stürzen gemohnt waren, nicht vertragen. Groener mußte beiseite treten und er wurde beiseite. Ob und was etwa sein Weggang für die Arbeiter bedeutet, wird die Zukunft lehren. An dieser Stelle halten wir uns aber verpflichtet, festzustellen, daß er gehen mußte, weil er es unternommen hat, bei den auch unter dem Hilfsdienst nicht ausbleibenden Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern sich über die Parteien zu stellen und dadurch die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern auszusprechen. Für einen geraden Mann mit geradem Charakter hat die organisierte Arbeiterschaft stets Achtung gehabt, wenn er auch in vielen Punkten nicht nach ihrer Meinung und nach ihrem Willen gehandelt hat, und so erkennt sie es auch an, daß Generalleutnant Groener diesem seinem Standpunkt trotz aller Widerstände treu geblieben ist.

General Groener gegen Mindestlöhne.

Fast gleichzeitig mit der Meldung von dem Rücktritt Groeners vom Kriegsamtsamt wurde in der Presse berichtet, daß Groener sich gegen Mindestlöhne erklärt habe. Bei Verhandlungen, die zwischen Vertretern der Organisation der Unternehmer und der Arbeiter der Textilindustrie in Reichenbach in Schlesiens geführt wurden, soll der Vorsitzende des Verbandes schlesischer Textilindustrieller, Fabrikant Fleischer, aus einer Mitteilung der Kriegsamtsstelle Breslau festgestellt haben, daß die Kriegsamtsstelle des ganzen Reiches auf einer Konferenz in Berlin von der Unter General Groeners Leitung stehenden Zentrale die Weisung erhalten haben, künftige Mindestlöhne nicht mehr zuzulassen. Dazu schreibt nun die Holzarbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 34 vom 25. August 1917:

Trotz der Bestimmtheit, mit der diese Behauptung aufgestellt wird, hängt sie uns nicht wahrscheinlich, denn sie steht im Widerspruch zu den Erfahrungen, die wir bei den Verhandlungen für die Holzindustrie im Kriegsamtsamt gemacht haben. Am 17. Juni d. J. wurde im Kriegsamtsamt zu Berlin, also an der Zentralstelle, der Tarifvertrag der Geschoßkormacher Deutschlands abgeschlossen. In der Ziffer 2 dieses Vertrages heißt es: „Der Tarif ist auf der Grundlage vereinbart, daß ein Durchschnittsarbeiter in der normalen Arbeitszeit wöchentlich mindestens verdienen soll...“ Wenn die angenommenen Verdiensthöhe von 50 M, 60 M und 72 M wöchentlich auch nur als Anhaltspunkte für die Bemessung der Verdiensthöhe gelten, die den wesentlichen Inhalt des Tarifvertrages ausmachen, so beweist der gewählte Wortlaut, daß es sich hier gewissermaßen doch um Mindestlöhne handelt.

Noch deutlicher tritt dies in der Vereinbarung vom 3. August für die Tischlerei und die übrigen Zweige des Holzgewerbes in Erscheinung. Hier trägt ein Teil des Abkommens die Überschrift „Mindestlöhne“, und es sind Mindestlöhne für männliche Arbeiter von 80 bis 105 S und von 45 bis 60 S für Arbeiterinnen festgelegt. Aber noch mehr. Die Vereinbarung von Mindestlöhnen für die Arbeiterinnen, die von den Arbeitervertretern verlangt, von den Arbeitgebern aber zunächst abgelehnt worden war, erfolgte auf die dringende Empfehlung des Vertreters des Kriegsamts, des Hauptmanns Braumann. Dieser hat überdies am 27. Juli den Vertretern der Parteien laut Protokoll mitgeteilt, daß er seinem Chef über die fortwährenden Verhandlungen berichtet habe. Eggelsen Groener habe gleich ihm den Wunsch, daß die Verhandlungen bald zu einem guten Ergebnis führen.“ General Groener hatte also Kenntnis von den Verhandlungen, bei welchen die Festlegung von Mindestlöhnen eine wichtige Rolle spielte, und er hat gewünscht, daß sie zu einem guten Ergebnis

führen. Damit würde eine angeblich von der Zentrale des Kriegsamtis ergangene Weisung, keine Mindestlöhne zuzulassen, in sehr starkem Widerspruch stehen. Auffällig ist es auch, daß mit dieser angeblichen Weisung gerade gegen die so jämmerlich entlohnerten Zeitfabriker operiert wird. Die Vermutung liegt nahe, daß es sich um ein an interessierten Stellen gern gesehenes Mißverständnis handelt, welchem die betreuenden Arbeitervertreter durch direkte Nachfragen den Boden entziehen sollten.

Angewiesen ist General Groener von der Zeitung des Kriegsamtis abberufen worden; an seine Stelle ist General Schuch getreten. Die Gründe für diesen Amtswechsel sind noch nicht recht zu übersehen, um so notwendiger wäre es, sich Klarheit darüber zu verschaffen, ob mit dem Personenwechsel auch ein Systemwechsel in der Behandlung von Arbeiterfragen auf Grund des Hilfsdienstgesetzes geplant ist.

Kriegsamt und Tarifverträge.

Die neueste Nummer der Amtlichen Mitteilungen und Nachrichten des Kriegsamtis enthält unter der Überschrift „Tarifverträge“ die folgende Verfügung des Kriegsamtis vom 1. August 1917:

„Angelehnt des starken Einflusses, den geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf die Kriegsmaterial-Erzeugung haben, hat sich das Kriegs-Arbeitsamt (AZS.) des Kriegsamtis (Kriegs-Erlass- und Arbeits-Departement) in letzter Zeit wiederholt, meist mit Erfolg bemüht, das Zustandekommen langfristiger Tarifverträge oder sonstiger Lohnabmachungen dadurch zu fördern, daß es die unparteiische Leitung entsprechender Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen unter Hinzuziehung der in Betracht kommenden militärischen Beschaffungstellen übernahm. Unter anderem ist am 18. Juni der Tarifvertrag für die Geschloßmacher Deutschlands zustande gekommen, wodurch wieder einer weitverzweigten Industrie und den in ihr Beschäftigten rund 30.000 gewerkschaftlichen und Heimarbeitern eine Grundlage für weitere erfolgreiche Arbeit gegeben worden ist.

Wie bereits anlässlich der Tarifverhandlungen im Baugewerbe Groß-Berlins ausgeführt wurde, ist es dringend notwendig, daß sämtliche in Betracht kommenden militärischen Behörden, insbesondere die Beschaffungstellen, soweit es in ihrer Hand liegt, den abgeschlossenen Tarifen Geltung verschaffen und gegen jede Durchbrechung entschiedene Stellung nehmen. Unter anderem wird die Aufnahme eines entsprechenden Auftrages zu den Lieferungsbedingungen empfohlen.“

Der hohe Jahresverdienst der bayerischen Rüstungsarbeiter.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Eine öffentliche Anfrage an Herrn Geheimrat Dr. Heim, die vor mehreren Wochen von den Unterzeichneten gestellt wurde, wo und von welchen Munitionsarbeitern in Bayern gemäß seiner Rede auf der Regensburger Bauernvereinsversammlung 10.000 M. Jahresverdienst erzielt werden konnten, blieb unbeantwortet. Wir müssen deshalb feststellen, daß für diese Behauptung kein Beweis erbracht wurde und wohl auch nicht erbracht werden konnte. Diese Feststellung ist deshalb notwendig, weil sich infolge solcher Uebertreibungen über die wirklichen Lohnverhältnisse in der breiten Öffentlichkeit ein ganz falsches Bild ergibt. Das Zusammenarbeiten der Stände wird gerade dadurch außerordentlich erschwert, wenn Uebertreibungen, führende Personen zu falschen Rückschlüssen Anlaß geben, wodurch insbesondere die Not breiter Arbeiterschichten verkannt würde. Wir wollen gern annehmen, daß diese Äußerung, das Zusammenarbeiten des Arbeiter- und Bauernstandes zu erschweren, nicht beabsichtigt, die oben gekennzeichnete Wirkung vorerwähnter Uebertreibungen läßt sich jedoch nicht bestritten. Wir weisen deshalb nachdrücklich die Behauptung bezüglich 10.000 M. Jahresverdienstes als unhaltbar zurück.

Sinnfälligerweise der tatsächlichen Lohnverhältnisse bestehen in der Öffentlichkeit vielfach falsche Vorstellungen. Während man bei Jahresberichten von Aktiengesellschaften nicht selten die Mühe beobachtet kann, die Riesengewinne zu verkleinern, remonistriert man die Arbeiter mit Löhnen, die sie nicht regelmäßig oder überhaupt nicht verdienen. Die periodischen Abrechnungen, der Gesamtlohn einer ganzen Arbeiterfamilie, außergewöhnlich lange Arbeitszeit (über 100 Stunden die Woche werden schon festgesetzt in Einzelfällen) führen zu Krugschlüssen in der Lohnfrage.

Nur wenige Spezialarbeiter erreichen in München und Nürnberg den Höchstlohn von 18 M. pro Tag. Der höchste in Berlin festgesetzte Lohn eines Spezialarbeiters beträgt 32 M. pro Tag. Neben ihm ist nur noch ein Arbeiter mit 26 M. bekannt, dann geht der Sach schnell abwärts auf 19 M. für eine dünne Oberschicht der Metzgermacher; Arbeiter der gleichen Spezialgruppe verdienen in München in der Regel 11 bis 14 M., in Nürnberg, Augsburg, Schweinfurt 10 bis 13 M. pro Tag. Eine große Anzahl tüchtiger Facharbeiter (Schlosser) haben vor Kriegsausbruch 7 bis 9 M. pro Tag im Werk verdient, jetzt können dieselben 8 bis 10 M. pro Tag verdienen. Also nur 1 bis 2 M. mehr als ehemals. Wir führen aber auch den Nachweis, daß renommierte Schlosser in Bayern noch dieses Jahr mit 4 M. pro Tag wieder eingestellt wurden.

In einem Münchener Großbetrieb wurden für etwa 2000 Arbeiterinnen in diesem Jahre pro Stunde noch unter 30 S. bezahlt. Die Stundenlöhne für Hilfsarbeiter gehen bis zu 30 S. und für Arbeiterinnen sogar unter 20 S. pro Stunde herab. Erst die Gegenüberstellung der unteren Lohngruppen ermöglicht ein Bild über die tatsächlichen Lohnverhältnisse. Die Münchener Ortskommission, die etwa 90 v. H. aller Versicherten umfaßt, hat im Dezember 1916 für 78.000 v. H. ihren Mitgliedern einen Tagesverdienst bis zu 5 M. ausgeschrieben und nur 21.91 v. H. über 5 M. Lohn pro Tag.

Nach unseren Feststellungen ist der größere Teil der Metallarbeiter mit dem Lohn sehr wesentlich hinter der Verzinsung zurückgeblieben. Findet diese Tatsache allenthalben entsprechende Beachtung, dann wird man auch für die Befreiungen der Arbeiter zur Ueberwindung der Schwierigkeiten mehr Verständnis an den Tag legen.

Die Bezirksleitungen des Deutschen und Christlichen Metallarbeiter-Bundes, Bezirk Bayern i. d. Rh.

Karl Engher, Adolf Konrad.

Das den Hilfsdienstleistungen.

Osabrüdd.

Der Schlichtungsausschuß für den bayerischen Hilfsdienst hielt am Dienstag, dem 7. August, seine erste Sitzung ab. Die Schlosser H. und H. aus Gasbergen klagten gegen die Deutschen Eisenbahn-Signalarbeiter A. S. u. O. (Firma Stahmer) auf Erhöhung des Mindestlohnes. Sie gaben an, hier in Gasbergen bei der Firma S. einen Verdienst von 80 S. bis 1 M. zu erzielen, während der bisherige Verdienst wesentlich niedriger war. Die junge Schlichter machte geltend, daß eine wesentliche Verbesserung nicht nachgewiesen und daher der Mindestlohn zu verweigern sei, da die beiden Schlosser im Monat Juni dieses Jahres einen Stundenverdienst von 76 S. erzielt hätten. Der Ausschuss prüfte nun, daß dieser Verdienst im Monat Juni zwar erreicht, jedoch in den anderen Monaten — auch im Juli — wesentlich niedriger gewesen sei und daß die Kläger durch den Arbeitswechsel mindestens 16 S. durchschnittlich die Stunde mehr verdienen würden. Diese Behauptung wurde gegen den bisherigen Verdienst als wesentlich angesehen und der Mindestlohn erteilt.

Schlusssparnis und langgehende Arbeitszeit.

Die Zeitgenossen Kapitalisten jedoch darüber:

Schon mehrfach ist im Laufe des Krieges von der durchgehenden Arbeitszeit die Rede gewesen. Körperlichen der Jahre und des Lebens haben sich vermindert für diese ausgeprochen, ja es gibt Firmen, die während des Krieges, den eigenen Sparmaßnahmen, zu ihr übergegangen. Das für und wider der durchgehenden Arbeitszeit mag in vorerwähntem Umfang erörtert werden: Die wirtschaftlichen Vorteile für den Arbeitgeber sind folgende: Erparnis von Zeit durch Vermeidung des doppelten Anlaufens der Arbeitsstätte täglich für jeden Angestellten, auch bei langjähriger Krankheit mindestens 2 mal 5,

also 10 Minuten, ferner Wegfall einer Nachmittagspause von wieder mindestens 10 Minuten, das ergibt auf den einzelnen Arbeiter eine Erparnis von 20 Minuten Arbeitszeit. Rechnet man für Deutschland nur 6 Millionen Angestellte und Arbeiter, auf die diese Verhältnisse zutreffen, so ergibt dies einen täglichen Gewinn an Arbeitszeit für die Unternehmer von 2 Millionen Stunden. Hierzu kommt die ganz bedeutende Einsparung von Beleuchtung. Auf den einzelnen Angestellten seien nur für die sechs Wintermonate im Tagesdurchschnitt 1 1/2 Stunden gerechnet. Dies ergibt bei der gleichen Anzahl von Arbeitern wie vorher für 240 Arbeitstage zu je 9 Millionen eingesparten Lichtstunden, die Zahl von 2 Milliarden 160 Millionen alljährlich in Industrie, Handel und Gewerbe gesparten Lichtstunden. Die zur Erzeugung dieser 2 Milliarden 160 Millionen Stunden künstlichen Lichtes eines mittelstarken Beleuchtungskörpers benötigten Kohlen und sonstigen Betriebsmaterialien könnten zum beträchtlichen Teil dem heute so knappen Hausbrand zugute kommen; aber nicht nur an der Arbeitsstätte wird durch die bessere Zeiteinteilung Licht gespart, sondern auch die ganze öffentliche Beleuchtung könnte durch die bessere Zusammenziehung des Arbeitslebens auf die Tagesstunden für die Abend- und Nachtstunden eine Verkleinerung und Verbilligung für die Hauptbeleuchtungszeit im Winter erfahren.

Das Neugeschäft der Volkspflege.

Das dritte Kriegsjahr ist nun am 31. Juli zu Ende gegangen, und ob wir im vierten endlich den Frieden erleben, ist eine allgemeine Hoffnung, aber noch keine Gewißheit. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die der Krieg dem wirtschaftlichen Leben unseres Landes gebracht hat, hat die Volkspflege mit tatkräftiger Unterstützung ihrer Rechnungsführer und Vertrauensleute ihre Tätigkeit fortgesetzt und erfreulicherweise auch eine feste Fortentwicklung zu verzeichnen gehabt. In dem Jahre vor Ausbruch des Krieges (Juli 1913 bis zum 1. August 1914) waren 168.307 Anträge eingegangen. Bei Kriegsausbruch und der damit verbundenen Störung der Organisation durch militärische Einberufung zahlreicher Rechnungsführer und Vertrauensleute kam das Neugeschäft alsbald ins Stocken; es konnten vom 1. August bis zum 31. Dezember 1914 nur noch 4152 Versicherungsanträge eingereicht werden. Aber schon im Jahre 1915 stieg die Zahl der Neuanträge auf 10.569, und im Jahre 1916 war die Organisation wieder soweit in Ordnung gebracht, daß 23.494 Neuanträge erzielt werden konnten. Dieser Erfolg der Neubearbeitung ist nicht zuletzt der erfreulichen Tatsache zuzuschreiben, daß in vielen Orten die Wieder der einberufenen männlichen Vertrauenspersonen durch eifrige, intelligente Frauen ausgefüllt wurden, die sich besonders um die zuverlässige Erledigung des Prämieneinzugs verdient machten. Auch in den bisher abgelaufenen sieben Monaten des Jahres 1917 ist eine erhebliche Steigerung des Neugeschäfts zu verzeichnen. Es waren am 31. Juli schon 20.289 Neuanträge zur Verarbeitung gekommen, so daß wir in diesem Jahr eine Antragszahl zu verzeichnen haben werden, um die uns manche alte Versicherungsorganisation gleich beneiden wird. Es sind jedoch in der nunmehr abgelaufenen dreijährigen Kriegszeit im ganzen 58.504 Neuanträge eingereicht worden. Die Versicherungssumme der im ersten Jahre des Landes der Gesellschaft (1. Juli 1913 bis zum 31. Juli 1914) abgeschlossenen Versicherungen betrug 31.531.186 M., für die seit Ausbruch des Krieges hinzugekommenen 58.504 Versicherungen ist eine Versicherungssumme von 12.587.144 M. abgeschlossen worden.

Einheitliche Überführung ganzer Werkstätten.

Selten wird es möglich sein, alle Arbeiter eines Betriebes so zu beeinflussen, daß sie der sparsamen Verwendung der Schmiermittel genügende Interesse entgegenbringen. Trotz aller Ermahnungen wird das Schmierer der von ihnen bedienten Maschinen häufig nur als Nebenache behandelt und ohne die nötige Sorgfalt ausgeführt. Viele Arbeiter wissen auch nicht, wieviel Öl für die Schmierung der von ihnen bedienten Maschinen ausreicht ist. Um die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten, die einer sparsamen Schmiermittelverwendung entgegenwirken, zu beseitigen, haben einige Betriebe die Schmierung für einzelne Werkstätten einheitlich geregelt, indem sie einen geeigneten Arbeiter mit der Schmierung aller Maschinen beauftragten. Dieser wird durch die Betriebsleitung über die Notwendigkeit des Sparsens und über den Ölbedarf der einzelnen Maschinen aufgeklärt und erhält die Anweisung, täglich zu bestimmten Zeiten sämtliche Maschinen des Betriebes durchzugehen und zu schmieren. Gleichzeitig hat er das anfallende Öl und die gebrauchten Abfälle zu sammeln. Durch Prämien kann er für eine sparsame Ölverwendung und sorgfältige Wiedergewinnung des Ablauföles interessiert werden. Dadurch werden förmliche Oelfarmen im Betriebe überflüssig; sie müssen eingezogen werden, um ein Schmierer durch andere Arbeiter zu verhindern. Für Betriebsstörungen und ähnliche Fälle besitzt jeder Meister ständig einen kleinen Ölwanne, so daß eine Gefahr durch Fehlen von Schmieröl nicht eintreten kann. Ein derartiges Verfahren hat unter anderem in einem größeren Betriebe, in dem auch schon vorher auf möglichst große Sparsamkeit geachtet wurde, zu einer weiteren Erparnis von 40 v. H. des früher verbrauchten Oeles geführt. Auch andere Werte haben auf diesem Wege erhebliche Erparnisse erzielt, so daß allen Betrieben, auch solchen, die nur einen geringen Ölverbrauch haben, solche Maßnahmen dringend empfohlen werden können, damit dadurch die durch den Krieg entstandene Schmiermittelmangel überwunden werden kann. (S. K. 12a.)

Vom Ausland

Großbritannien.

ft. Die Ursachen der Säuerung in der Arbeiterschaft. Ende Mai hatten alle englischen Industriebezirke umfangreiche Streiks, besonders die Erzeugung des Heeresbedarfes. Die Regierung ermahnte und drohte, jedoch keine Besanntheit und Gewerkschaftsführer zur Beschwichtigung aus; alles ohne irgend welchen Erfolg. Wenn es gelungen war, durch Honigwein, Vergewaltigung oder Drohung eine Belegzeit wieder in die industriellen Selen zurückzuführen, hatten inzwischen einige andere Fabriken die Arbeit niedergelegt. Vor diesem naturhaften Ausbruch der proletarischen Wutstimmung war die Regierung ratlos. In ihrer Verzweiflung versuchte sie das alte, oft probierte, manchmal auch erfolgreiche Mittel: sie setzte eine Kommission zur Untersuchung der Ursachen der industriellen Unruhen ein. Damit die Kommission nicht von vornherein in den Geruch der Unzuverlässigkeit komme, wurde sie in einer der Arbeiterschaft annehmbaren Weise und zeitig getroffen. Das Land wurde in mehrere Bezirke eingeteilt und in jedem dieser ein Untersuchungs- und Erforschungs- und Ursachen der Unruhen gebildet.

Das Ergebnis dieser Untersuchung liegt nun in einem Bericht zusammengefaßt vor. Der Ursachen werden gar manche angeführt. Als wesentliche Gründe der Wutstimmung werden genannt: ungleiche Verteilung der Lebensmittel; Beschränkung der persönlichen Freiheit; Mangel an Vertrauen in die Regierung; dann das Gefühl, daß die Regierung ihre Versprechen nicht halte; Beschränkung der Bewegung von Demonstranten; Ueberwindung; schlechte Bekleidung der Männer und Frauen, förmlich Hinzuschieben der Erziehung vom Entschuldigungen an verlegte Soldaten. Doch alle Anschlüsse nennen als die hauptsächlichsten Ursachen der Unruhen unerwünschte Lebensmittelpreise, Preistiger und Ungleichheit in der Verteilung der Kriegslasten. Mit anderen Worten: die Arbeiterschaft hat auf gewerkschaftliche Straße, persönliche Freiheit und wirtschaftliche Kampfmittel verzichtet, verdrängt wissen für ihr Engagement. Kann sie die ganze Schwere der Kriegslasten zu tragen und keine Lebensmittel erhalten; der Kapitalisten dagegen ist gesichert, Lebensmittel zu haben, ihre Profiteure ungehindert zu fördern, hat es der Not des Vaterlandes Aufgabe, die höhere Klasse zu schützen.

Die Regierung mag auf diese Untersuchung nicht verzichten, wenn sie eine zuverlässige Untersuchung erlangen will, dann ist es

um diese Tatsachen zu erfahren. Sie gibt das Jahr zwanzigtausend Pfund Sterling für „Labour Advisers“, das heißt für sachmännischen Rat in Arbeiterfragen an ehemalige Gewerkschaftsführer aus, einige leitende Gewerkschaftsbeamte gehören ihr als Minister an, und dennoch weiß oder mußte sie nichts von den Ursachen der Unzufriedenheit, die seit Jahr und Tag in allen Gewerkschaftsversammlungen dargestellt und in allen Zeitungsseiten mit der Hand zu greifen sind. Ob der Regierung ihre angebliche Unkenntnis geglaubt wird, muß sorgfältig bemerkt werden. Doch ist dies hier nebensächlich. Wichtiger ist schon zu wissen, welche Mittel der Untersuchungsanspruch zur Beseitigung der Streikursachen vorschlägt. In der Hauptsache verlangt er sofortige Beschaffung billiger Lebensmittel; daß die Arbeiterschaft in der Verwaltung der öffentlichen Geschäfte nicht mehr als untergeordnete, sondern als gleichberechtigte Seite teilzunehmen habe; daß farbige Arbeiter (Kulis) in den Häfen nicht mehr beschäftigt werden sollten; daß der Wochenlohn für Landarbeiter auf 25 M. erhöht werde, und schließlich wird eine stärkere Besteuerung der großen Vermögenden nahegelegt.

Diese Vorschläge kommen über die Bedeutung der kleinen Mittel nicht hinaus. Selbst wenn sie erfüllt und unverzüglich verwirklicht werden, vermögen sie die Ursachen der tiefen Unzufriedenheit nicht mehr zu beseitigen. Denn sie bringen den Arbeiter nicht in den Besitz seiner Rechte und Freiheiten, verändern nicht die Opfer an Gut und Blut, die er während der drei Kriegsjahre getragen hat und noch trägt, können nicht die zahllosen Geld- und Gefängnisstrafen ungeschoren machen, zu denen die Arbeiter verurteilt worden sind, noch unterbinden sie der Kapitalistenklasse die leichte Möglichkeit, aus der Not des Landes, wie aus der Fesselung der Arbeiterschaft Reichtümer anzuhäufen und sich Machtmittel für Gegenwart und Zukunft zu sichern. So wird die Unzufriedenheit weiter bestehen bleiben und über kurz oder lang noch schmerzere Ausbrüche zeitigen als im Monat Mai, wenn die Regierung nicht bald viel tiefergreifende Maßnahmen treffen sollte. Aber selbst zu solchen scheint es reichlich zu spät. In der Tat.

Man kann nicht umhin zu gestehen, daß die englische Regierung, von der man in Arbeiterfragen einige Weisheit gewöhnt ist, in der Behandlung der Arbeiterschaft vor Kriegsausbruch an eine ziemlich kurzfristige An den Tag gelegt hat. Hier, wo außerordentlich hohe Verhältnisse außergewöhnlich kluge Voraussicht erforderten und weites Entgegenkommen als oberstes Gebot aufstellten, hat sie über ihr Munitionsmittel sich wie ein Winkelpolitiker betätigt. Sie versicherte sich der Mithilfe einer Anzahl trabantionistischer Führer, traf mit ihnen hinter verschlossenen Türen Abmachungen, die die ganze Arbeiterschaft binden sollten, und glaubte damit die Sache erledigt. Die Leute in der Werkstatt werden nicht befragt. Deren Zustimmung möchte die Regierung für selbstverständlich halten. Ihres schweren Schicksals sollte sie bald inne werden. Die Einsprüche meckerten sich, wurden immer lauter; als sie nutzlos verhallten, wurden sie durch Arbeitsniederlegungen nachdrücklicher gestärkt. Und als dann die Gewerkschaftsführer, die die Rechte und Freiheiten der Mitglieder an die Regierung verhandelt hatten, zur Beschwichtigung der Unzufriedenen ausgeschieden wurden, brachten sie weiter nichts mit, als die böse Erinnerung an ein paar verteuert unangenehme Viertelstunden, dann noch die ausdrückliche Befestigung ihrer Einflußlosigkeit bei ihrer Mitgliedschaft; sonst weiter nichts. Bei dieser Befestigung sich das Gefühl, daß ihre Beamten mehr die Vertreter der Regierung, als die der Arbeiterschaft seien. Je mehr sich dieses Gefühl vertiefte, desto ungenügender wurde für die Gewerkschaftsbeamten die Lust in den Mitgliederversammlungen, desto erfolgloser ihr Bemühen, die Arbeiter zu beraten. Die Verbindung zwischen Regierung und Arbeiterschaft war mehr als lose geworden.

Die Arbeiter wollten nun einmal nicht, daß vom grünen Tisch aus über sie bestimmt werde, ganz gleich, ob dieser Tisch in einem Ministerium oder einer Gewerkschaftszentrale stehe. Wenn sie gut genug seien, Opfer an Gut und Blut, an Rechten und Freiheiten zu bringen, so mußten sie auch gut genug sein, daß man sie selbst darüber befrage. Da die Regierung nichts tat, diese Selbstverständlichkeit nachzuleben, taten die Arbeiter, was sie für sich für selbstverständlich hielten. Sie betrachteten sich nicht an die Abmachungen gebunden, die ihre Beamten ohne ihre Zustimmung getroffen, sondern schufen sich in ihren Werkstattvertrauensleuten einen besonderen Vertreterkörper, verbanden diese bezirksweise, dann über das ganze Land und suchten ihre Forderungen unabhängig von den Oberleitungen ihrer Verbände durch Besuchen, Unterhandlungen und Streiks durchzusetzen. So kam es, daß Gewerkschaftsleitung wie Regierung oft von Ausständen überrascht wurden, deren Ursachen sie auf dem umständlichen Wege der Sonderausschüsse zu ergründen versuchen mußten.

Nun hat der Ausschuss für die Untersuchung der Ursachen der Unruhen, wie oben angedeutet, einige Vorschläge zur Beseitigung der Unzufriedenheit gemacht. Ihre immerhin noch fragliche Verwirklichung wird nicht das erhoffte Ergebnis haben können, weil sie jetzt nicht mehr zugänglich genug sind. Die große Ursache der Unzufriedenheit, der Krieg mit seinem für die Heimateen untraglichen Damm und Dran, wie teure Lebensmittel, Bücher, Profittiger der Kapitalisten und Unterdrückung der Arbeiter bleibt weiterhin bestehen, wird immer größer. Solange dies der Fall ist, wird die Säuerung wachsen. Nur die Beendigung des Krieges kann Besserung bringen.

Das wird nicht besser erkannt, als in Reich und Lieb der Gewerkschaften. Wie in allen Ländern, so ist auch in der englischen Arbeiterschaft die Kriegsunlust ständig gewachsen und wächst immer weiter, besonders in den Kreisen der Bergleute und der Maschinenbauer. Man lasse sich über einzelne Neuerungen besonders begünstigter Gewerke nicht täuschen. Wo immer die Arbeiterschaft ungehinderte Ausdrucksmöglichkeit hat, spricht sie für den Frieden. Sie ist es müde geworden, für ein Ziel zu kämpfen, zu opfern, zu bluten, zu sterben, das sie nicht kennt oder von dessen Erreichung sie sich keinen Vorteil versprechen kann. Ihre Erkenntnis bekräftigt sie durch entsprechende Taten, wie die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, den jüngsten Beschluß, an der Stockholmer Tagung teilzunehmen und anderes mehr. Das Wort Revolution, das sonst im Munde englischer Gewerkschaftler einen hohen Klang hatte, hat allgemach eine ganz andere, ernstere Bedeutung angenommen.

Gewiß, die Regierung und die mit ihr verbundenen Gewerkschaftsführer taten und werden fernerhin noch mehr ihr Möglichstes tun, die Betätigung der wachsenden Kriegseindigkeit der Arbeiter zu hindern. Inwieweit hat dies nicht zu bejagen. Regierungsmahnahmen gegen die friedliebende Arbeiterschaft werden letzten Endes viel nachdrücklicher für den Frieden wirken, als ein paar mehr oder weniger laue Vertreter in Stockholm verrichten.

Verbands-Anzeigen

- | | |
|--|--|
| Mitglieder-Versammlungen. | Ordnungen. |
| Zu allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen. | Seidenheim-Walen. Jakob Ziegler, Schmid, 41 Jahre, Luffel |
| Samstag, 1. September: | Reipitz. Rudolf Nitsche, Schlosser, 19 Jahre, Herthastr. |
| Georgsdorf. 8. September, 8 1/2 Uhr. | — Friedrich Otto Herff, Formner, 37 Jahre, Herthastr. |
| Mittwoch, 5. September: | — Willy Beidel, Metallarbeiter, freiwiliger Tod. |
| Köln. Gewerkschaftshaus, halb 8. | Samstag, 8. September: |
| Freidrichshafen. Drei König, halb 7. | — Hans Döring, Arbeiter, 17 Jahre. |
| Donnerstag, 4. September: | — Kurt Franz, Uhrmacher, 31 Jahre. |
| Breslau (Georgsmont. u. P. Ufer). Gewerkschaftshaus, 10 Uhr. | — Adolf Reichmann, Schlosser, 59 Jahre, Lungenerhebung. |
| Reg. Kommerz. R. Hincenstr. 19, 3. | Neugersdorf. Wilhelm See, Formner, 54 Jahre, Lungenerweiterung. |
| Cyaden (Bezirk Wiesdorf), Steinacker, Düsselborfer Str. 4, 4 Uhr. | Koblenz-Pötsdam. Fritz Walter, Schlosser (151). |

Druck und Verlag von Alexander Schliche & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stungart, Kötterstraße 16 B.